



Presseschau vom 05.11.2022

Quellen: RT, Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnronline*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* und *ukrainische Quellen in Blau* gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

<https://kurz.rt.com/380r> bzw. [hier](#)

Marinko Učur: Die EU im Kampf um die dominante Rolle auf dem Westbalkan

Ursula von der Leyen ist durch die Länder des westlichen Balkan getourt, hat Geld verteilt und von der europäischen Perspektive gesprochen. Aber allen Beteiligten ist klar, dass die EU-Kommission zur Zeit nur so tut, als wäre eine Aufnahme eine wirkliche Perspektive. ...

<https://kurz.rt.com/3a4h> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Deutschland, eine leere Hülle – Der drohende wirtschaftliche und kulturelle Untergang

Wenn es zu dem Absturz kommt, der sich ankündigt, dann ist da nichts, um ihn aufzufangen. Denn die Gesellschaft ist zu fragmentiert, um wirkliche Krisen zu bestehen, weil alles, was eine Gesellschaft erhält, bereits durch den Neoliberalismus zerstört wurde. ...

Geworg Mirsajan: Wozu wird in Weißrussland eine Militäreinheit aufgestellt?

Moskau hat 10.000 Soldaten nach Weißrussland geschickt. Lukaschenko begründet dies mit der Verschärfung der Lage an den weißrussischen Grenzen. Doch insbesondere wegen des russischen Nuklearschutzschildes scheint eine NATO-Invasion in Weißrussland unwahrscheinlich. Was könnte der strategische Grund für die russische Militärpräsenz in Weißrussland sein? ...

<https://kurz.rt.com/3aey> bzw. [hier](#)

Dmitri Winnik: Warum die ukrainische Luftabwehr machtlos gegen "Flugmopeds" ist

Die ukrainische Führung drängt nach einer Serie erfolgreicher russischer Angriffe auf Infrastruktureinrichtungen auf ein gestaffeltes Luftverteidigungssystem. Washington schließt dies zumindest in naher Zukunft mangels Machbarkeit aus. ...

<https://kurz.rt.com/3a4y> bzw. [hier](#)

Nachtrag vom 3. November:

Dan-news.info: Karaya und Ostfront

Die Nazi-Ideologie, die die moderne Ukraine infiziert hat, hat die Regierung, die Armee, die Volkskultur und sogar das Alltagsleben erfasst; ihre Zeichen sind überall zu sehen. Manchmal wird der Nationalsozialismus unverhohlen und offen bekundet, wie im Fall der extremistischen Organisation »Asòw«, aber oft ist er in kleinen Details versteckt, die nicht sofort ersichtlich sind, aber für eine Person, die in Fragen der Geschichte und der Weltkultur bewandert ist, sind sie nicht weniger offensichtlich. Die Donezker Nachrichtenagentur wurde bei der Entdeckung des "Teufels im Detail" von dem Schriftsteller und Publizisten Georgij Sawizkij unterstützt, einem Mitglied des DVR- und des russischen Schriftstellerverbands.

[EIN CODENAME NACH EINEM NAZI-FLIEGER](#)

Die Aufmerksamkeit des Verfassers wurde auf eine Episode gelenkt, die sich nicht stark von wichtigeren Ereignissen abhob, aber von den ukrainischen Medien als "Heldentat" dargestellt wurde. Am 12. Oktober wurde ein MiG-29-Kampfflugzeug der ukrainischen Luftwaffe in Alarmbereitschaft versetzt, um Kamikaze-Drohnen abzufangen. Das Flugzeug kollidierte mit dem Wrack einer von ihnen und wurde beschädigt. Der Pilot steuerte das Flugzeug von der Ortschaft Turbow, nordöstlich von Winniza, weg und stürzte ab.

Beim Studium der Propaganda seiner Feinde fiel Sawizkij sofort die Aufschrift *Karaya* auf dem Helm des Piloten auf; das war sein Codename. In der Folge erlangte der ukrainische Pilot *Karaya* eine gewisse Berühmtheit im Internet: ein *YouTube*-Kanal wird in seinem Namen ausgestrahlt und er hat auch eine Seite auf *Instagram*. Schon bald wurde er zu einer Art Persönlichkeit im Einflussbereich ukrainischer Medien.



https://dan-news.info/storage/c/2022/11/02/1667371095_770820_16.png

"Der Codename *Karaya* ist eine klare Anspielung auf den deutschen Piloten Erich Hartmann aus dem Zweiten Weltkrieg. Dessen Rufzeichen war 'Karaya-1'. Es ist also klar, welchen "Helden" das ukrainische Militär jetzt folgt. Es ist klar, dass es in der Ukraine Militante gibt, die offen Nazi-Symbole und Hinweise auf die SS verwenden. Aber die Streitkräfte der Ukraine sind eine offizielle staatliche Struktur und nicht irgendeine 'freiwillige' nationalistische Formation", sagte Sawizkij.

Lassen Sie uns mehr über Erich Hartmann erzählen. Dieser Pilot der Luftwaffe des nationalsozialistischen Deutschlands gilt mit 352 abgeschossenen Flugzeugen offiziell als der effizienteste Jagdflieger des Zweiten Weltkriegs. Er war hauptsächlich an den Kämpfen an der Ostfront im 'Jagdgeschwader-52' beteiligt. Einige Dokumente über die ersten Kämpfe sind jedoch nicht erhalten geblieben, was einige Militärgeschichtler zu der Ansicht veranlasst hat, dass die Propaganda der Nazis ihm einen Teil der Erfolge andichtete. Für seine Verdienste wurde er von Adolf Hitler persönlich mit dem Ritterkreuz mit Schwertern, Eichenlaub und Diamanten ausgezeichnet.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs ergab sich Hartmann den amerikanischen Truppen, um der sowjetischen Verfolgung zu entgehen. Er wurde jedoch gemäß den Vereinbarungen von Jalta zusammen mit anderen deutschen Soldaten, die gegen die Sowjets gekämpft hatten, an die Sowjetunion ausgeliefert. Nach seiner Entlassung im Jahr 1955 beteiligte sich Hartmann am Aufbau der Luftwaffe der BRD und flog ein amerikanisches Kampfflugzeug mit dem gleichen Farbschema wie seine 'Messerschmitt-109' aus dem Krieg.

OSTFRONT

In den ukrainischen Medien tauchen neben der Verherrlichung z.B. der SS-Division 'Galizien' auch andere Narrative des Dritten Reiches auf. In den Medien des Kiewer Regimes wird das Gebiet der Kampfhandlungen im Donbass häufig als 'Ostfront', auf Ukrainisch ›S'chídnj Front‹ bezeichnet.

"In ukrainischen Nachrichten hört man im Zusammenhang mit den Kämpfen im Donbass

sehr oft den Begriff 'Ostfront'. Die Kiewer Medien scheinen jedoch vergessen zu haben, dass Hitlers Truppen im Zweiten Weltkrieg an der Ostfront die größten Verluste erlitten. Und diese Konfrontation endete mit der Erstürmung Berlins und dem roten Siegesbanner über dem besiegten Reichstag im Mai 1945", sagt Sawizkij.



https://dan-news.info/storage/c/2022/11/02/1667371094_591797_87.jpg

Nach den Worten des Schriftstellers sind sich die Kiewer Journalisten der Folgen ihrer eigenen Informationspolitik nicht bewusst und versuchen um jeden Preis, ihrem Land ein "antirussisches" Image zu geben. Die Faszination für die Nazi-Ideologie hat ukrainische Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens schon oft zu international beachteten Skandalen geführt.

"In diesem Zusammenhang ist die kürzliche Entlassung des ukrainischen Botschafters in Kasachstan, Petro Wrublewskij, zu nennen, der gesagt hatte, die Ukraine sei bemüht, so viele Russen wie möglich zu töten", erinnert Sawizki.

NAZI-PROPAGANDA UNTER DEM DECKMANTEL DER "OBJEKTIVEN BETRACHTUNG"

Es ist bezeichnend, dass die Autoren Raymond Toliver und Trevor J. Constable 1970 in den Vereinigten Staaten *The Blond Knight of Germany* veröffentlichten, der auf der Biographie von Erich Hartmann basiert. In der russischen Übersetzung ist es als »Der blonde Ritter des Reiches« bekannt. Darin wird ein Nazi-Pilot, der sowjetische Flugzeuge zerstört hat, als "überlegenes Wesen" dargestellt, das mit allen Tugenden eines aufgeklärten westlichen Menschen ausgestattet ist. Das Buch selbst wurde auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges geschrieben, mit einer scharf antisowjetischen Haltung im Kern, und unter den heutigen Gegebenheiten einer antirussischen Haltung. Eine solche Veröffentlichung ist im Grunde genommen plumpe Propaganda: Um ihr Ziel zu erreichen, versuchen die Autoren, den Leser dazu zu bringen, mit dem Nazi, anstatt mit seinen Opfern zu sympathisieren.

"Und doch waren die Russen im Zweiten Weltkrieg Verbündete der USA und Großbritanniens, es gab das historische Treffen in Torgau. Die amerikanischen Autoren Toliver und Constable ignorieren bewusst die historischen Fakten, lassen ihre Verbündeten als halb wilde Barbaren dastehen und zeigen Sympathie für den 'weißen Ritter', der auch amerikanische Piloten abgeschossen hat", betont Sawizkij.

In den späten 1990er und frühen 2000er Jahren schürte die russophobe Propaganda künstlich das Interesse an militärhistorischen Publikationen westlicher Autoren, darunter auch Memoiren von Nazi-Offizieren. Zu diesen Büchern gehören »Verlorene Siege« von Hitlers Generalfeldmarschall Erich von Manstein, der unter anderem für die barbarische Bombardierung von Sewastópol verantwortlich war, oder »Erinnerungen eines Soldaten«, die Memoiren des ehemaligen Generaloberst der Panzertruppen des nationalsozialistischen Deutschlands Heinz Guderian, der den Angriff auf Moskau im Dezember 1941 leitete.

Einige Verlage, auch in der Ukraine, gingen in jenen Jahren sogar noch weiter: Unter dem Vorwand der Pressefreiheit veröffentlichten sie »Mein Kampf« von Adolf Hitler, dem

Begründer des Nationalsozialismus. Es war in den Regalen der Buchhandlungen frei erhältlich, und jeder - auch Kinder - konnte es ohne Altersbeschränkung kaufen. Wir halten es nicht für notwendig, zu erklären, wozu "objektive Betrachtung" und "Pressefreiheit" in der Ukraine geführt haben.

SOWJETISCHE HELDEN GEGEN DIE "BLONDEN RITTER"

Heute ist die Ukraine buchstäblich überschwemmt mit russophober, antisowjetischer und pro-nazistischer Literatur, die sogar in Schulbibliotheken zu finden ist. In Russland hingegen ist die westliche Propaganda auf dem Rückzug, und das Interesse an den sowjetischen Helden, die jahrelang verunglimpft oder sogar aus der öffentlichen Wahrnehmung getilgt wurden, ist wieder erwacht.

"Mit der harschen Kritik an dem Buch »Der blonde Ritter des Reiches« begann (wieder) ein Umdenken in der heimischen Geschichtsschreibung zum Zweiten Weltkrieg. Die Faszination für deutsche Kriegserinnerungen war bis dahin relativ verbreitet. Damals wurden sie als "objektiver Blick von der anderen Seite der Front" wahrgenommen. Erst später wurde klar, dass auch sie ideologische Ladung trugen, die uns aber fremd war", sagt Sawizkij.

Die kritische Haltung gegenüber den Memoiren von Offizieren des Dritten Reiches ist nach Ansicht des Autors zum Anlass geworden, zur nationalen Militärgeschichte zurückzukehren und die Leistung der sowjetischen Soldaten - vom Gefreiten bis zum General - objektiv zu bewerten.

"Jetzt sind biografische Bücher über sowjetische Piloten wie Iwan Kožedub und Alexandr Pokryschkin wieder populär. Und auch Memoiren von sowjetischen Militärs: von Žukow, Rokossowskij, Rybalko und anderen Offiziere. In diesem Zusammenhang ist auch das Projekt »Ich erinnere mich« von Artjom Drabkin zu nennen, das die Erinnerungen von Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges sammelt, literarisch verarbeitet und veröffentlicht", so Sawizkij.

Er ist der Meinung, dass in der russischen Gesellschaft heute ein ziemlich ausgewogener Patriotismus herrscht, der trotz und vor allem dank der Kritik die Leistung des sowjetischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg anerkennt.

"Es ist diese Leistung unserer Großväter, die heute eine Art ideologische "Säule" für die heutige Generation der Russen darstellt, die die Vertreter des Kiewer Regimes auf jede erdenkliche Weise zu demütigen versuchen. Umso wilder wirkt heute die Nazi-Symbolik. Außerdem ist dies alles in den Nürnberger Prozessen dokumentiert", so der Autor.

Sawizkij ist zutiefst davon überzeugt, dass der Codename eines Luftwaffenpiloten auf dem Helm eines ukrainischen Piloten, die Terminologie des Dritten Reichs in den offiziellen Medien, Literatur, die die Nazis verherrlicht oder rechtfertigt, und andere Anzeichen des Nazismus in der ukrainischen Gesellschaft nur die Notwendigkeit der Spezialoperation zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine unterstreichen.

Die meisten Teilnehmer des Zweiten Weltkriegs sind nicht mehr am Leben, aber sie sind zu Symbolen geworden, die bestimmte Bedeutungen haben. Die sowjetischen Helden kämpfen weiter gegen die Nazis, aber auf einer anderen Ebene - um die Köpfe und Herzen der Menschen. Dies ist ein wichtiger Kampf. Davon hängt nicht nur der Ausgang des aktuellen Konflikts ab, sondern auch die Zukunft der Menschheit und der Weg, den die Welt letztendlich einschlagen wird. Wir müssen unseren Landsleuten mit allen Mitteln helfen, indem wir die Geschichte verstehen und die Verbreitung von Nazi-Gedankengut verhindern.

Georgij Sawizkij ist Autor von über 40 militärhistorischen und Fantasy-Romanen. Eines seiner wichtigsten Werke ist »Schlachtfeld Ukraine – Der zerbrochene Dreizahn«, erschienen 2009 im Moskauer Verlag »Jausa«. Darin wird die damals hypothetische Konfrontation zwischen prorussischen Kräften und NATO-Truppen in der Ukraine beschrieben.

abends/nachts:

18:53 de.rt.com: USA stellen Ukraine weiteres Militärhilfepaket zur Verfügung, darunter T-72-Panzer

Washington hat Kiew ein weiteres 400-Millionen-US-Dollar-Militärhilfepaket zur Verfügung gestellt, das die Lieferung von 45 tschechischen T-72-Panzern an Kiew vorsieht. Das teilte Sabrina Singh, stellvertretende Pressesprecherin des US-Verteidigungsministeriums, am Freitag bei einem Briefing mit.

Die Hilfe werde im Rahmen der Sicherheitsunterstützungsinitiative für die Ukraine (USAI) geleistet, bei der das Ministerium entsprechende Verträge mit Herstellern abschließt, anstatt bestimmte Ausrüstung und Kriegsgüter direkt aus dem Bestand des Pentagons zu liefern.

19:33 de.rt.com: Übergang zu Elektroautos könnte in der EU mehr als eine halbe Million Jobs vernichten

Die EU-Kommission plant laut Aussagen von Kommissar Thierry Breton, eine spezielle Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Umstellung auf Elektroautos zu errichten. Der Schritt sei der "größte industrielle Wandel", dürfte aber in der EU den Wegfall von Hunderttausenden von Jobs bedeuten.

Die Umstellung auf Elektroautos in der Europäischen Union (EU) könnte zu einem Verlust von 600.000 Arbeitsplätzen in der gesamten Staatengemeinschaft führen, warnte Thierry Breton, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen. In einem am Freitag veröffentlichten Interview mit der italienischen Tageszeitung Corriere della Sera sagte Breton: "Der europäische Automobilsektor beschäftigt auf die eine oder andere Weise 12,7 Millionen Menschen, was 6,6 Prozent aller Arbeitsplätze in der EU ausmacht. Der Übergang zu Elektroautos wird Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichten, bis zu 600.000 in der gesamten EU."

Der Vertreter der EU-Kommission bezeichnete die Umstellung als den "größten industriellen Wandel", dem die EU gegenüberstehe, insbesondere wenn man die knappen Fristen bedenke. Breton sprach dabei über den Plan der EU, die Autohersteller zu verpflichten, ihre Kohlendioxidemissionen bis 2035 um 100 Prozent zu senken, was praktisch ein Verkaufsverbot für neue Benzin- und Dieselfahrzeuge in der EU bedeuten würde. Demnach sollen dann ab 2035 nur noch neue Fahrzeuge verkauft werden, die keine Treibhausgase ausstoßen. Laut Einigung sollen außerdem die CO₂-Emissionen neu zugelassener Autos schon ab 2030 gegenüber 2021 um 55 Prozent reduziert werden.

Der Plan wurde letzte Woche durch eine vorläufige Vereinbarung zwischen Unterhändlern aus den EU-Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission beschlossen. Er muss nun vom Europäischen Parlament und vom Rat der EU formell verabschiedet werden, um Gesetz zu werden.

Während der Zeitrahmen für die Verabschiedung der Verordnung unklar bleibt, kündigte Breton an, dass er eine spezielle Arbeitsgruppe aus Vertretern der Automobilindustrie, der Gewerkschaften, der Verbraucher und der Stromerzeuger einrichten wolle, um die praktischen Fragen zu klären. So sei beispielsweise die Zahl der Ladestationen in der EU derzeit zu gering, und es sei ein flächendeckendes Netz in der gesamten Union erforderlich.

Die Arbeitsgruppe soll außerdem untersuchen, welche Ressourcen für die Batterieproduktion benötigt werden, wie jenen geholfen werden kann, die aufgrund der Umstellung ihren Arbeitsplatz verlieren, und wie Elektroautos für die Verbraucher besser zugänglich gemacht werden können. Breton schätzt in dem Interview, dass im Jahr 2050 nur noch 20 Prozent der in der EU genutzten Autos mit Verbrennungsmotoren fahren werden.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6365260fb480cc1db7027f94.jpg>

19:35 de.rt.com: **Niederländisches Verteidigungsministerium kündigt neues Militärlieferpaket im Wert von 120 Millionen Euro für die Ukraine an**

Das niederländische Verteidigungsministerium hat am Freitag ein neues Militärlieferpaket im Wert von 120 Millionen Euro für die Ukraine angekündigt, das Panzer und andere Rüstungsgüter umfasst. In einer Erklärung hieß es:

"Die Niederlande liefern erneut schweres militärisches Gerät an die Ukraine. Der Gesamtwert des Pakets beläuft sich auf 120 Millionen Euro, wovon 45 Millionen Euro auf T-72-Panzer entfallen."

Es wird erwartet, dass die Ukraine bereits im nächsten Monat einige der Panzer erhält.

"Zusammen mit den USA und der Tschechischen Republik werden die Niederlande 90 modernisierte und überholte Panzer aus der Tschechischen Republik an die Ukraine liefern."

19:49 de.rt.com: **Medienbericht: Britischer Geheimdienst und SBU stellen "Terroristenarmee" auf**

Britische Geheimdienstoffiziere sollen ein Abkommen mit dem Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) unterzeichnet haben, um eine ukrainische "Guerilla-Terrorarmee" auszubilden, die Einrichtungen auf der Krim angreifen soll. Das berichtet das Portal The Grayzone unter Berufung auf geleakte Dokumente.

Die US-Nachrichtenseite hatte zuvor unter Berufung auf Dokumente einer anonymen Quelle berichtet, dass britische Geheimdienstler einen Plan zur Zerstörung der Krim-Brücke im Frühjahr 2022 ausgearbeitet hätten.

21:13 de.rt.com: **Statt Armutsbekämpfung: Italien will 15 Milliarden Euro Steuergelder für Energiekosten aufwenden**

Italien ist, wie viele Länder in der Europäischen Union auch, mit den Folgen der Energieknappheit konfrontiert. Nun sollen mithilfe von Milliarden die Auswirkungen gelindert werden. Ein Teil der Mittel wird Berichten zufolge aus Kürzungen bei einem Armutsbekämpfungsprogramm stammen.

Italien plant, im Haushalt des nächsten Jahres mindestens 15 Milliarden Euro (14,6 Milliarden Dollar) bereitzustellen, um die Auswirkungen der steigenden Energiekosten auf Unternehmen und Haushalte abzufedern. Dies geht aus einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters vom Donnerstag hervor. Die Agentur beruft sich dabei auf Regierungsquellen.

Ein Teil der Mittel soll durch die Entnahme eines Teils der neun Milliarden Euro aufgebracht werden, die eigentlich bis 2023 für ein Programm zur Armutsbekämpfung vorgesehen seien, so Reuters weiter.

Der Nachrichtenagentur zufolge hat die kürzlich gewählte Ministerpräsidentin Giorgia Meloni bereits erklärt, dass sie Maßnahmen wie höhere Renten und Steuersenkungen, die sie während ihres Wahlkampfes versprochen hatte, verschieben und die Mittel umleiten werde, um die

Auswirkungen der anhaltenden Energiekrise zu bewältigen.

Der Großteil der Finanzierung werde jedoch aus den Mitteln stammen, die durch die Anhebung des Haushaltsdefizits im nächsten Jahr auf 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) frei werden, obwohl die Regierung im September noch von 3,4 Prozent ausgegangen war.

Die EU-weit geltenden Vorschriften, die die Staatsdefizite in den Ländern der Eurozone auf drei Prozent des BIP begrenzen, wurden während der COVID-19-Pandemie ausgesetzt. Die Europäische Kommission hat die Wiedereinführung der Haushaltsdisziplin nun wegen des Konflikts in der Ukraine auf 2024 verschoben.

Die Inflation in Italien ist im Oktober viel stärker gestiegen als erwartet. Im Vergleich zum Vorjahresmonat zogen die Verbraucherpreise um 12,8 Prozent an. Es ist die höchste Teuerungsrate seit März 1984, so die vorläufigen Zahlen des italienischen Statistikamtes ISTAT. Analysten hatten im Schnitt nur eine Inflation von 9,9 Prozent erwartet.

Die neuen Haushaltsvoranschläge sollten im Laufe des Freitags offiziell veröffentlicht werden und später in das Haushaltsgesetz 2023 aufgenommen werden.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63652c6d48fbef687f67be4a.jpg>

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni am 2. November 2022 in Rom

22:03 de.rt.com: **Lawrow auf Nahost-Tour: Bemühungen um stärkere Zusammenarbeit in der Region**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow befindet sich derzeit auf einer zweitägigen Reise im Nahen Osten. Nach einem Treffen mit dem jordanischen König in Amman reiste er weiter in die Vereinigten Arabischen Emirate.

Russlands Außenminister Sergei Lawrow befindet sich derzeit auf einer Reise in der Golfregion. Auf der ersten Station seiner Nahost-Tour traf sich Lawrow mit dem [jordanischen König Abdullah II](#). Der König unterstrich die Bedeutung einer Einigung zwischen dem syrischen Staat und der Bevölkerung des Landes, um die Region zu stabilisieren und eine sichere Rückkehr der Flüchtlinge zu gewährleisten.

Während des Treffens wies der jordanische König auf mehrere Belastungen hin, denen Jordanien aufgrund des Krieges in Syrien ausgesetzt sei. Als besondere Herausforderung benannte der König den Drogenschmuggel. Beide Politiker sprachen zudem über regionale Entwicklungen und erörterten die bilateralen Beziehungen zwischen Amman und Moskau sowie mögliche Strategien zur Beilegung des Ukraine-Krieges.

Thema der Gespräche waren auch die Situation in Palästina und Wege zu einer wirksamen Verhandlungsstrategie, mit denen der Frieden in der Region im Rahmen einer Zweistaatenlösung erreicht werden kann. Der König bekräftigte dabei seinen Standpunkt zum Schutz der christlichen und islamischen heiligen Stätten im besetzten Ost-Jerusalem. Im vergangenen Jahr leistete Moskau bereits Unterstützung für eine Annäherung zwischen Jordanien und Syrien, die im Oktober 2021 zu einem Telefonat zwischen König Abdullah und Präsident Bashar al-Assad führte.

Am Donnerstag reiste Lawrow weiter in die Vereinigten Arabischen Emirate, einen der wichtigsten Partner Russlands innerhalb der OPEC+-Allianz. Der [Außenminister der VAE](#), Scheich Abdullah bin Zayed, traf sich mit seinem russischen Amtskollegen in Abu Dhabi und signalisierte damit eine weitere Annäherung zwischen den beiden Ländern.

"Während der Gespräche werden die Minister ihre Positionen zu wichtigen Themen der globalen und nahöstlichen Agenda vergleichen", heißt es in einer Erklärung des russischen Außenministeriums am Donnerstag. Das jüngste diplomatische Gespräch folgte auf ein Treffen zwischen dem Präsidenten der VAE, Scheich Mohamed bin Zayed Al Nahyan, und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in St. Petersburg im vergangenen Monat.

Die Vereinigten Arabischen Emirate und Russland unterhalten enge, strategische Beziehungen. Im Jahr 2021 stieg der bilaterale Handel im Vergleich zu 2020 um 64,5 Prozent auf 5,36 Milliarden US-Dollar, was den Golfstaat zum größten Handelspartner Russlands macht.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63650f2cb480cc1c412bb2a4.jpg>
Jordaniens Außenminister Ayman Safadi empfängt seinen russischen Amtskollegen Sergei Lawrow am 3. November 2022 in der Hauptstadt Amman

22:29 de.rt.com: **Abberufener BSI-Chef wehrt sich gegen Arbeitsverbot**

Der Chef des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Arne Schönbohm, wurde Mitte Oktober wegen Kontakten zu einem umstrittenen Lobbyverein abberufen. Nun wehrt sich Schönbohm per Eilantrag beim Verwaltungsgericht.

Der Streit zwischen dem Bundesinnenministerium und dem abberufenen Präsidenten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Arne Schönbohm, geht in die nächste Runde: Schönbohm hat laut einem Bericht des Spiegel beim Verwaltungsgericht Köln einen Eilantrag gegen sein Arbeitsverbot eingereicht. Schönbohms Anwälte bestreiten in dem rund 50-seitigen Schreiben demnach die vom Bundesinnenministerium erhobenen Vorwürfe. Das Kölner Gericht habe dem Ministerium eine zweiwöchige Frist zur Stellungnahme eingeräumt.

Mitte Oktober hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) Schönbohm die Führung der Dienstgeschäfte mit sofortiger Wirkung untersagt. Der Behördenchef soll wiederholt Kontakte zu einem Verein mit angeblichen Verbindungen zu russischen Geheimdienstkreisen gehabt haben. Das Bundesinnenministerium hatte Schönbohm neben einem beschädigten Vertrauensverhältnis vorgehalten, gegen Weisungen verstoßen und sich nicht ausreichend abgestimmt zu haben.

Schönbohm hatte daraufhin um ein Disziplinarverfahren für sich selbst gebeten, um das Ministerium unter Zugzwang zu setzen und zum Nachweis für konkrete Vorwürfe zu zwingen. Beamten kann zwar die Ausführung der Dienstgeschäfte verboten werden. Gemäß Beamtenrecht erlischt das Verbot allerdings, "wenn nicht bis zum Ablauf von drei Monaten gegen die Beamtin oder den Beamten ein Disziplinarverfahren oder ein sonstiges auf Rücknahme der Ernennung oder auf Beendigung des Beamtenverhältnisses gerichtetes

Verfahren eingeleitet worden ist".

Ins Rollen kam die Kampagne gegen Schönbohm nach einem Beitrag in der "Satire"-Sendung ZDF Magazin Royale von Jan Böhmermann, obwohl die Vorwürfe gegen den BSI-Chef und dessen Nähe zum Verein Cybersicherheitsrat Deutschland e.V. seit Längerem bekannt sind.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/636540feb480cc1b916d2e29.jpg>

Arne Schönbohm

vormittags:

7:01 de.rt.com: **Thailand will eine Plattform für den direkten Dialog zwischen Russland und der Ukraine schaffen**

Thailand ist bereit, Moskau und Kiew eine Verhandlungsplattform für einen direkten Dialog zur Beilegung der Krise zu bieten. Das verkündete der Botschafter des Königreichs in Russland, Sasiwat Wongsinsawat, in einem Interview mit der Nachrichtenagentur TASS. Der Botschafter erinnerte daran, dass Kambodscha, Indonesien und Thailand als Gastgeber des ASEAN-, des G20- und des APEC-Gipfels in einer gemeinsamen Presseerklärung im Mai ihre Entschlossenheit verdeutlicht hätten, mit allen Partnern und Interessengruppen zusammenzuarbeiten. Damit solle ein Geist der Kooperation gewährleistet werden, der die zentrale Stellung, die Glaubwürdigkeit und die Bedeutung der ASEAN bei der Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in regionalen und globalen Bemühungen stärkt.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6365f54848fbef68b176737a.jpg>

7:36 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Swatowo mit HIMARS-Raketen**

Die ukrainischen Streitkräfte haben am Samstag Swatowo in der Lugansker Volksrepublik (LVR) mit einem US-amerikanischen HIMARS-Mehrfachraketenwerfer beschossen. Dies wurde von der LVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit ukrainischen Kriegsverbrechen gemeldet. Demnach feuerten die ukrainischen Truppen um 01:20 Uhr Moskauer Zeit vier Raketen auf Swatow ab. Zu möglichen Opfern gab es noch keine Angaben.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 05.11.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 40 Mann;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 2 Drohnen;
- 10 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Swatowo** unter Einsatz von amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 4 Raketen abgefeuert.

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 4. November haben sie mehr als 5 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Klpaki und Omelkowo zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Freiwillige der Volksfront haben mit Unterstützung des 2. Armeekorps der LVR humanitäre Hilfe für Lehrer des Kremennaja-Bezirks geliefert, wozu Lebensmittel, Hygienemittel und Computertechnik gehören.

Außerdem hat der Freiwillige Anton Wolkow mit Unterstützung des 2. Armeekorps der LVR humanitäre Hilfe von Einwohnern der RF in Ortschaften, die von der ukrainischen Aggression betroffen sind, geliefert.

8:04 de.rt.com: Medienbericht: Russland fordert vom Westen die Aufhebung der Sanktionen gegen die Rosselhosbank

Russland hat den Westen aufgefordert, die Sanktionen gegen die russische Landwirtschaftsbank Rosselhosbank aufzuheben, um russische Getreideexporte zu erleichtern. Das berichtete Reuters unter Berufung auf eigene Quellen.

Der Nachrichtenagentur zufolge würde eine solche Maßnahme dem Kreditinstitut die Abwicklung von Zahlungen für russisches Getreide und andere Lebensmittelprodukte ermöglichen.

Die UN-Quelle der Agentur wies darauf hin, dass die Initiative aktuell mit Vertretern der Europäischen Union und anderen Parteien diskutiert werde.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6365f72448fbef65a20b25e9.jpg>

8:33 de.rt.com: **Cherson: Ukrainische Truppen beschießen Nowaja Kachowka mit HIMARS-Raketen**

Die ukrainischen Streitkräfte haben in der Nacht Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson mit HIMARS-Raketen beschossen. Alle Raketen wurden von Luftabwehrsystemen abgefangen, teilten die örtlichen Rettungsdienste mit.

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums des Gebietes wurde bei dem Beschuss niemand verletzt.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 5.11.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **191 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „HIMARS“ und „Grad“ sowie Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm **abgefeuert**.

Die Gebiete von **6 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 3 Zivilisten und 13 wurden verletzt**. 34 Häuser und 5 zivile Infrastruktureobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Artilleriegeschütze (2S1 „Gwosdika“ und „M109“), 1 Haubitze (AchS „Krab“), 1 Mehrfachraketenwerfer „Grad“, 4 Panzer (2 T-64BW und 2 T-72B), 10 Stück Panzer- und Fahrzeugtechnik, 3 Drohnen des Gegners wurde in der Luft abgeschossen.

Die Verluste an Personal des Gegners betragen 60 Mann.

8:39 de.rt.com: **Über tausend Starlink-Terminals wegen Finanzierungsproblemen abgeschaltet – CNN**

Rund 1.300 SpaceX-Satelliteneinheiten gingen in der Ukraine in der vergangenen Woche offline. Das berichtet CNN unter Berufung auf die mit der Situation vertrauten Quellen. Das Nachrichtennetzwerk meldet:

"Der jüngste Ausfall begann am 24. Oktober und wurde von einer mit der Situation vertrauten

Person als 'großes Problem' für das ukrainische Militär bezeichnet. Die Terminals seien aufgrund fehlender finanzieller Mittel abgeschaltet worden, so die Person. Der Ausfall betraf einen Block von 1.300 Terminals, welche die Ukraine im März von einem britischen Unternehmen erworben hatte und die für kampfbezogene Operationen verwendet wurden." Die kritischen Probleme mit den Starlink-Terminals in der Ukraine, die das ukrainische Militär und ausländische Söldner auf dem Schlachtfeld mit einer ununterbrochenen Internetverbindung versorgen, fielen mit den neuesten Erklärungen von Musk zusammen. Demnach sei er nicht bereit, weiterhin allein die Internetterminals für die ukrainischen Truppen zu finanzieren. Laut CNN würden die Gespräche mit dem Pentagon über die staatliche Finanzierung nun fortgesetzt. Wenngleich Musk bereits versicherte, dass er sich entschlossen habe, die Finanzierung fortzusetzen:

"Die Verhandlungen zwischen SpaceX und dem Verteidigungsministerium gehen trotz der Behauptung von Musk, SpaceX habe seinen Antrag zurückgezogen, weiter, so ein hochrangiger Verteidigungsbeamter. 'Die Verhandlungen sind im Gange. Jeder in unserem Gebäude weiß, dass wir sie bezahlen werden', sagte der ranghohe Pentagon-Beamte gegenüber CNN und fügte hinzu, dass das Ministerium darauf erpicht sei, schriftliche Zusagen zu erhalten, 'weil wir befürchten, dass er seine Meinung ändern wird'."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63660b9848fbef6437013778.jpg>

11:14 (9:14) novorosinform.org: **In allen Regionen der Ukraine wurde Luftalarm ausgerufen**

Laut der ukrainischen Ausgabe von „Strana“ bestehe die Gefahr, dass Kinschal-Überschallraketen abgefeuert werden.

Am Samstag riefen die ukrainischen Behörden einen Luftalarm in allen vom Kiewer Regime kontrollierten Regionen des Landes aus.

MiG-31K-Flugzeuge wurden über dem Territorium der Ukraine gesichtet, schreibt Strana unter Bezugnahme auf belarussische Telegram-Kanäle.

„Sie berichten über den Start von MiG-31K-Flugzeugen, die als Träger von Kinschal-Überschallraketen verwendet werden“, heißt es in dem Bericht.

Vielleicht wurde deshalb in der ganzen Ukraine Fliegeralarm ausgerufen, meinen Journalisten.



https://novorosinform.org/content/images/75/17/57517_720x405.jpg

9:20 de.rt.com: **Schoigu lobt Arbeit der Geheimdienste bei der Sonderoperation**

Russlands Aufklärungsoffiziere lösen bei der militärischen Sonderoperation in der Ukraine die schwierigsten Aufgaben. Dies erklärte der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu anlässlich des Tages der Offiziere des militärischen Geheimdienstes. Er sprach ihnen seine große Anerkennung aus und betonte:

"Heute, während der militärischen Sonderoperation, beweisen die Offiziere der militärischen Aufklärung außergewöhnlichen Mut und Einsatz, indem sie die schwierigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben klar und effizient lösen.

Unter schwierigen Bedingungen, manchmal unter Einsatz ihres Lebens, haben sie rechtzeitig wertvolle Informationen erbeutet, die für die Entwicklung der wichtigsten staatlichen Entscheidungen notwendig sind."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6365ffa548fbef68b176737c.jpg>

Sergei Schoigu

9:38 de.rt.com: **Ukraine erwartet neue Luftabwehrsysteme bis Ende des Jahres**

Kiew erwartet, dass bis Ende 2022 Vereinbarungen mit anderen Ländern über die Lieferung von Luft- und Raketenabwehrsystemen für die Ukraine umgesetzt werden. Das verkündete der ukrainische Außenminister, Dmitri Kuleba, laut der ukrainischen Nachrichtenagentur UNIAN.

Am 3. November hatte der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, bei einem Treffen der Außenminister der G7 in Münster erklärt, die EU habe im Jahr 2022 bereits 22 Milliarden Euro für die Ukraine ausgegeben. Davon drei Milliarden Euro für militärische Unterstützung und 19 Milliarden Euro für humanitäre, finanzielle und wirtschaftliche Hilfe. Bei dieser Rechnung sind die direkten Waffenlieferungen der EU-Mitgliedstaaten allerdings nicht mit berücksichtigt. Am 4. November verlautbarte Sabrina

Singh, die stellvertretende Pressesprecherin des US-Verteidigungsministeriums, die USA würden der Ukraine ein weiteres Militärlieferpaket im Wert von 400 Millionen US-Dollar zur Verfügung stellen.

10:14 de.rt.com: **Kommandeur der Spezialeinheit Achmat: Lage bei Swatowo stabilisiert**
Die Lage am Frontabschnitt bei Swatowo-Kremennaja habe sich stabilisiert. Das erklärte Aпти Alaudinow, stellvertretender Kommandeur für Kampfeinsätze des 2. Armeekorps der Volksmiliz der LVR und Kommandeur der Eliteeinheit Achmat, gegenüber RIA Nowosti. Er hob hervor:

"Der Vormarsch des Feindes ist vorerst zum Stillstand gekommen. Es werden detaillierte Arbeiten durchgeführt, um den Feind im Abschnitt Swatowo-Kremennaja-Tschernopopowka zu identifizieren und zu eliminieren."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/636606b448fbef68b176737e.jpg>

Kämpfer der Spezialeinheit Achmat in der Volksrepublik Lugansk

10:17 de.rt.com: **Putin: Politische Führung der Ukraine denkt nur an das Geld in westlichen Banken**

Bei einer Veranstaltung anlässlich des 10. Jahrestages der Wiedergründung der Russischen Historischen und der Russischen Militärgeschichtlichen Gesellschaft am Tag der Nationalen Einheit in Moskau äußerte sich der russische Präsident auch zu anderen Themen.

"Diese Bandera-Führung denkt wahrscheinlich nur an das Geld, das in westlichen Banken versteckt ist. Ich meine in erster Linie die politische Führung", sagte der russische Präsident bei einem Treffen mit Historikern und religiösen Persönlichkeiten.

Die ukrainischen Behörden benutzen diese "Banderaiten, um sich denjenigen anzudienen, die ihre Millionen und Milliarden in diesen westlichen Banken kontrollieren", so Putin bei der Veranstaltung anlässlich des 10. Jahrestages der Wiedergründung der Russischen Historischen Gesellschaft und der Russischen Militärgeschichtlichen Gesellschaft.

Russlands Staatschef fügte hinzu, dass Kiew nicht an die möglichen Folgen des heutigen Geschehens gedacht habe. Er kritisierte weiterhin, dass ausländische Staaten, die Waffen und Söldner in die Ukraine liefern, rücksichtslos gegenüber dem ukrainischen Volk seien und nur ihre eigenen Interessen verfolgten. Und ebendiese Interessen hätten mit denen der Ukrainer wenig gemein:

"Heute, da sie ständig Waffen an die Ukraine liefern und Söldner dorthin schicken, gehen sie (ausländische Mächte) absolut rücksichtslos mit den Bürgern des Landes um", zitierte RIA Nowosti den russischen Präsidenten.

Putin äußerte zudem, dass Russland die Menschen in der Ukraine respektiere: "Wir haben das ukrainische Volk immer mit Respekt und Wärme behandelt", sagte der Kremlchef und stellte

fest, dass dies trotz der aktuellen tragischen Konfrontation auch weiterhin der Fall ist. Zuvor hatte Putin der Behauptung zugestimmt, die Situation in der Ukraine könne teilweise als Bürgerkrieg bezeichnet werden.

Doch einige Länder, darunter Polen, hätten die Idee der Aufnahme der Ukraine in die NATO und der Rückgabe der in der Vergangenheit russisch gewordenen Gebiete noch nicht aufgegeben, so der russische Präsident.

"Und die Idee, sie ist lebendig. Und die Idee, die Ukraine zu absorbieren, ist nicht vom Tisch."

Zwar werde wenig darüber gesprochen, doch die Idee der Rückgabe der Gebiete, die Polen weggenommen wurden, sei bereits spruchreif.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63654c8d48fbef65cb247361.jpg>

Der russische Präsident Wladimir Putin am Tag der Nationalen Einheit in Moskau, 4. November 2022

10:41 de.rt.com: **Ukrainische Truppen feuern HIMARS-Raketen auf Kremennaja ab**

Die ukrainischen Streitkräfte haben zwei HIMARS-Raketen auf Kremennaja in der Volksrepublik Lugansk abgefeuert. Das vermeldete die Vertretung der Republik bei dem Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit ukrainischen Kriegsverbrechen. Zu möglichen Opfern gab es noch keine Angaben.

10:54 de.rt.com: **Ricarda Lang: "Putin soll die Rechnung bekommen"**

Ricarda Lang will die Kiewer Regierung mit russischem Geld unterstützen – und die Ukraine bereits jetzt wiederaufbauen. Selbst wenn der Krieg noch lange dauere und die Folgen auch hier spürbar seien, müsse man weitermachen. Mit ihren Hilfspaketen stärke die Regierung in Deutschland derweil den "sozialen Frieden".

Die Grünen-Chefin und frühere Jura-Studentin Ricarda Lang hat die Verwendung russischer Vermögen für die Ukraine gefordert. Im Gespräch mit dem Springer-Blatt Welt am Sonntag (WamS) erklärte Lang, es müsse bereits jetzt mit dem Wiederaufbau der Ukraine begonnen werden:

"Die Russen erleiden an der Front große Verluste. Deshalb versuchen sie, den Krieg in andere Teile des Landes zu tragen und kritische Infrastrukturen zu zerstören, etwa Fernwärmanlagen und Elektrizitätswerke. Das kann zu einer humanitären Katastrophe führen. Es geht deshalb nicht nur um Waffenlieferungen, die wir weiterhin unterstützen."

Lang, die im Februar die russische Militäroperation in der Ukraine als "Vernichtungskrieg" bezeichnet hatte, forderte, das Land auch mit Generatoren und Wasseraufbereitungsanlagen zu versorgen:

"Die humanitäre Hilfe und der Wiederaufbau müssen jetzt massiv vorangetrieben werden. Wenn möglich, auch mit russischem Geld."

Auf die Frage, wie das gehen solle, antwortete die Grüne:

"Allein in Deutschland sind über mehrere Milliarden Euro an russischem Vermögen

eingefroren, etwa von russischen Oligarchen. Europaweit ist der Betrag deutlich höher. Ich finde: Dieses Vermögen sollte zum Wiederaufbau der Ukraine eingesetzt werden. Putin und seine Entourage tragen die Verantwortung für diesen Wahnsinn, deswegen sollten er und seine Kumpanen auch die Rechnung bekommen. Juristisch ist das nicht leicht, gerecht wäre es allemal. Hier gilt es, nach Wegen zu suchen."

Die Unterstützung für die Kiewer Regierung müsse in jedem Fall fortgesetzt werden, selbst wenn der Krieg noch lange anhalte und man die Folgen auch hier zu spüren bekomme. Die im Januar zur Parteivorsitzenden gewählte Lang, die ihr Jura-Studium nach sieben Jahren ohne Abschluss abgebrochen hatte, betonte, man werde sich nicht spalten lassen:

"Und zugleich werden wir nicht aus dem Blick verlieren, was Inflation und explodierende Energiepreise anrichten. Deswegen sind die Hilfspakete der Regierung so wichtig. Damit schützen wir ganz konkret Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Wir stärken den sozialen Frieden – und damit die Demokratie in unserem Land."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/63661e5ab480cc6a7227dbba.jpg>

"Wir lassen uns nicht spalten": Lang im Oktober 2022 in Bonn

11:07 de.rt.com: **Baltische Staaten wollen Russland von der europäischen Gemeinschaft abschneiden**

Estland, Lettland und Litauen haben in einer Resolution im Anschluss an die 41. Sitzung der Baltischen Versammlung erklärt, sie beabsichtigten, "Russland von der europäischen Gemeinschaft zu isolieren" und betonten "die große Notwendigkeit", "in ihrer Unterstützung für die Ukraine zusammenzustehen".

Die baltischen Staaten bestehen außerdem auf einer "ständigen Präsenz der USA" in Europa und einem Plan, der Russland zwingen soll, den Wiederaufbau der Ukraine zu finanzieren. Bei der Baltischen Versammlung handelt es sich um eine Organisation zur Förderung einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten Estlands, Lettlands und Litauens. Sie findet einmal jährlich statt.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/636617c448fbef66b13dcbbc.jpg>

11:08 de.rt.com: **Tagesspiegel fordert Leser zum Melden von Energieverschwendern auf**

Der Berliner Tagesspiegel hat seine Leser aufgefordert, ihm Hinweise auf mögliche Energieverschwendung mitzuteilen und möglichst auch gleich Beweisfotos mitzusenden. Im [Newsletter für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf](#) hieß es in der vergangenen Woche:

"Liebe Nachbarinnen, liebe Nachbarn,

viele tun es und manche nicht: Das Ziel, Energie zu sparen, wird in unserem Bezirk sehr unterschiedlich umgesetzt. Es geht längst nicht mehr nur um den Klimaschutz, sondern infolge des russischen Kriegs gegen die Ukraine besonders um steigende Kosten und die Gefahr von Versorgungsengpässen. In den vorigen Wochen haben wir einige Hinweise auf mögliche Energieverschwendungen erhalten.

Wie groß ist das Problem in Charlottenburg-Wilmersdorf? Das möchten wir mit Ihrer Hilfe, liebe Leserinnen und Leser, herausfinden. Nennen Sie uns größere Gebäude, in denen nachts unnötig Licht brennt, oder Geschäfte, die ihre Schaufenster zwischen 22 und 6 Uhr beleuchten – und damit gegen die seit September geltende Energiesparverordnung des Bundes verstoßen. Auch andere Energievergeudungen wie sinnlos offen stehende Fenster und Türen interessieren uns. Bitte schreiben Sie an meine E-Mailadresse, die unter diesem Text steht, und fügen Sie möglichst ein Foto bei."

Als Negativbeispiele führte der Autor dann direkt das Hochhaus der Rentenversicherung am Hohenzollerndamm und das Amtsgericht Charlottenburg an.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6366380848fbef14733e4675.jpg>

Keine Meldung, nur ein Bild aus dem November 2021: Weihnachtsmarkt an der

Gedächtniskirche

11:29 de.rt.com: **Zeitplan zur stundenweisen Stromabschaltung in Kiew und sieben ukrainischen Gebieten eingeführt**

Der ukrainische Energieversorger Ukrenergo führt stundenweise Stromabschaltungen in der Stadt Kiew und in sieben zentralen Gebieten der Ukraine ein. Dies berichtet die Nachrichtenagentur RIA Nowosti unter Berufung auf ukrainische Medien.

Den Berichten zufolge werden die Beschränkungen in folgenden Gebieten gelten: Kiew-Stadt, Gebiet Kiew, Tschernigow, Tscherkassy, Schitomir, Sumy, Charkow und Poltawa.

Der Leiter des ukrainischen Energieforschungszentrums, Alexander Chartschenko, hatte zuvor erklärt: Wenngleich die russischen Angriffe etwa 35 bis 45 Prozent der ukrainischen Energieanlagen beschädigt hätten, drohe dem Land kein Blackout.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6366206448fbef65a20b2600.jpg>

Stromübertragungsleitungen im Gebiet Lwow

11:44 de.rt.com: **Ukraine verdoppelt Einlagenportfolio durch Verkauf beschlagnahmter russischer Vermögenswerte**

Die Nationale Agentur der Ukraine für die Rückgewinnung und Verwaltung von Vermögenswerten habe ihr Einlagenportfolio aus beschlagnahmten Vermögenswerten in den letzten zwei Monaten auf 1,4 Milliarden Griwna (38 Millionen US-Dollar) verdoppelt. Dies berichtet das Wirtschaftsportal RBK-Ukraina.

Die ukrainische Behörde erklärte, dass die größte Quelle für die Aufstockung dieser Mittel der Verkauf von beschlagnahmtem russischem Eigentum gewesen sei. Sie wies darauf hin, dass die Mittel zur Unterstützung der Streitkräfte verwendet würden.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63661e95b480cc6a7227dbbe.jpg>

nachmittags:

12:03 de.rt.com: **Iran lieferte Drohnen an Russland vor Beginn der Sonderoperation in der Ukraine**

Einige Monate vor Beginn der Sonderoperation in der Ukraine hat Teheran Drohnen in geringen Mengen an Russland geliefert. Das teilte der iranische Außenminister, Hossein Amir-Abdollahian, am Samstag der Nachrichtenagentur Fars mit.

Gleichzeitig bestritt der Diplomat die Lieferung iranischer ballistischer Raketen an Russland.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6366356cb480cc6d2a7662df.jpg>

Hossein Amir-Abdollahian

12:32 de.rt.com: **Dnepropetrowsk meldet Schäden an zwei Unternehmen in Nikopol**

Zwei ukrainische Firmen der Industrie- und Transportbranche seien in der Nacht zum Samstag in Nikopol beschädigt worden. Dies teilte der Leiter der Militärverwaltung des Gebietes Dnepropetrowsk, Walentin Resnitschenko, auf seinem Telegram-Kanal mit. Ihm zufolge seien "Produktionsanlagen und Eigentum beschädigt" worden.

13:01 de.rt.com: **Bilanz des russischen Verteidigungsministeriums zum Frontverlauf**

Die russischen Truppen haben nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums in den vergangenen 24 Stunden über 300 ukrainische Kämpfer in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk getötet.

Nach Angaben der Behörde versuchten die ukrainischen Streitkräfte am Frontabschnitt bei **Kupjansk** russische Stellungen in der Nähe des Dorfes Kusemowka in der Volksrepublik Luhansk anzugreifen. Dabei verloren sie durch russischen Artilleriebeschuss und Luftangriffe mehr als 140 ukrainische Soldaten, drei Panzer, zwei Schützenpanzer, drei gepanzerte Fahrzeuge und fünf Pkw.

Darüber hinaus vereitelte die russische Armee am Frontabschnitt bei **Krasny Liman** ukrainische Angriffe in Richtung der Ortschaften Stelmachowka, Ploschtschanka und Kremennaja. Dort erlitten die ukrainischen Einheiten Verluste von über 60 Mann, einem Panzer, zwei gepanzerten Fahrzeugen, drei Pickups und einem Pkw.

In Richtung **Süddonezk** wurden ukrainische Einheiten in den Gebieten Nowomichailowka, Pawlowka und Wremewka von Artillerie- und Angriffsgruppen besiegt. Sie verloren dort über 120 Soldaten, zwei gepanzerte Mannschaftstransporter, zwei gepanzerte Fahrzeuge, einen Pickup und zwei Pkw.

Am Frontabschnitt **Nikolajew-Kriwoi Rog** schlugen russische Einheiten Angriffe in der Nähe von Sablukowka und Suchanowo im Gebiet Cherson zurück und eliminierten dabei über 80 ukrainische Kämpfer, drei gepanzerte Fahrzeuge und vier Pkw.

13:24 de.rt.com: **Erdoğan: Wiedereröffnung des Getreidekorridors ist ein diplomatischer Erfolg**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan sieht in der Wiedereröffnung des Getreidekorridors einen diplomatischen Erfolg. Zu diesem habe seiner Meinung nach die ausgewogene Politik Ankaras beigetragen. Auf einem politischen Forum in Istanbul sagte Erdoğan laut der Nachrichtenagentur RIA Nowosti:

"Mit unserer Friedenspolitik spielen wir eine Schlüsselrolle in der diplomatischen Arbeit. Die Beilegung der Getreidekrise ist ein diplomatischer Erfolg."

Russland hatte nach dem terroristischen Angriff Kiews auf Schiffe der Schwarzmeerflotte und zivile Schiffe in den Gewässern von Sewastopol seine Beteiligung an dem sogenannten "Getreideabkommen" ausgesetzt. Nach Erklärungen aus Moskau, zu dem Abkommen zurückkehren zu wollen, berichtete Erdoğan, dass eine Einigung über die Wiedereröffnung des "Getreidekorridors" das Ergebnis seiner Gespräche mit dem russischen Präsidenten Putin gewesen sei. Zudem habe auch der türkische Verteidigungsminister mit seinem russischen Amtskollegen über diese Frage verhandelt.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63662e4148fbef06fd7c43a7.jpg>

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan

13:31 de.rt.com: **Russische Streitkräfte haben bereits mehr als 500 ukrainische Flugzeuge und Hubschrauber zerstört**

Insgesamt griffen die Luft-, Raketen- und Artilleriekräfte im Laufe des Tages fünf ukrainische Kommandoposten und eine Zentrale des ukrainischen Geheimdienstes SBU an. Das berichtete das russische Verteidigungsministerium am Samstag. Außerdem seien sechs Munitionsdepots und eine Waffenlagerbasis, ein Buk-M1 SAM-System und eine S-300-Komplex-Radarstation zerstört worden.

Russische Kampffjets schossen eine ukrainische MiG-29 im Gebiet Nikolajew ab.

Luftabwehreinheiten der russischen Armee schossen einen Mi-8-Hubschrauber bei Ugledar ab. Darüber hinaus fingen sie binnen 24 Stunden neun Drohnen und insgesamt 27 Geschosse des US-Mehrfachraketenwerfers HIMARS entlang der Frontlinie ab.

Wie die russische Sicherheitsbehörde feststellte, wurden im Rahmen der Sonderoperation bereits 500 ukrainische Militärflugzeuge und Hubschrauber zerstört.

13:56 de.rt.com: **Ein Mann bei Explosion von Lapestok-Mine im Donezker Bezirk Kirowski verletzt**

Die Zentrale der territorialen Verteidigung der Donezker Volksrepublik hat berichtet, dass ein Mann im Bezirk Kirowski von Donezk durch eine Tretmine des Typs Lapestok verletzt wurde – eine beinahe exakte Kopie der US-amerikanischen Mine BLU-43/B (Dragontooth). In einer

Nachricht der Behörde auf ihrem Telegram-Kanal hieß es:

"Ein Mann, Jahrgang 1964, wurde im Stadtteil Kirowski von Donezk durch eine verbotene Antipersonenmine des Typs PFM-1 Lepestok verletzt. Diese war zuvor von ukrainischen Streitkräften abgeworfen worden."

14:12 de.rt.com: **NATO-Chef: Risiko, dass in der Ukraine Atomwaffen eingesetzt werden, ist minimal**

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat am Samstag erklärt, er schätze das Risiko eines russischen Atomwaffeneinsatzes in der Ukraine als minimal ein. In einem Interview mit dem Sender NTV hob er hervor:

"Das Risiko, dass Russland in der Ukraine Atomwaffen einsetzt, ist minimal. Aber wenn es dazu kommt, wären die Folgen enorm, daher nehmen wir diese Aussicht sehr ernst."

"Russland muss verstehen, dass es in einem solchen Krieg keine Gewinner geben wird."

Der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow hatte zuvor darauf hingewiesen, dass die westlichen Staats- und Regierungschefs täglich nukleare Rhetorik übten, und betont, dass sich Russland daran nicht beteiligen wolle. Er erinnerte auch daran, dass Moskau Atomwaffen nur im Einklang mit den Bestimmungen seiner Nukleardoktrin einsetzen könne.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63663a5cb480cc6d2a7662e4.jpg>

Jens Stoltenberg

14:49 de.rt.com: **Sacharowa: Ablehnung der Resolution gegen Nazismus-Verherrlichung ist politische Heuchelei**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat die Abstimmung einiger Staaten gegen die Resolution zur Bekämpfung der Verherrlichung des Nazismus als "politische Heuchelei" bezeichnet.

Am 4. November nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen einen Resolutionsentwurf an zur "Bekämpfung der Verherrlichung des Nazismus, des Neonazismus und anderer Praktiken, die zur Eskalation der heutigen Formen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz beitragen".

Über den Entwurf wird jährlich abgestimmt. In diesem Jahr haben 106 Länder dafür gestimmt. Anders als in den letzten Jahren waren es in diesem Jahr jedoch nicht nur die USA und die Ukraine, sondern auch Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Japan, Italien, Georgien, die baltischen Staaten und Ungarn, die den Entwurf nicht unterstützten, wie die Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtete. Die Agentur schrieb:

"Die Länder, die dagegen gestimmt haben, argumentierten vor allem damit, dass Russland angeblich das Thema der Bekämpfung des Neonazismus ausnutze, um die Militäroperation in der Ukraine durchzuführen."

Sacharowa schrieb daraufhin auf ihrem Telegram-Kanal:

"Das Wesen der Resolution kann nur von amoralischen Personen infrage gestellt werden."

Und sie fügte hinzu, dass sich die EU-Länder bereits im Jahr 2021 bei der Abstimmung über denselben Text des Resolutionsentwurfs der Stimme enthalten hätten. Zumal damals auch viele europäische Länder dagegen gestimmt hätten. Sie hob hervor, dass sowohl diejenigen, die den Faschismus im 20. Jahrhundert unterstützt haben, als auch diejenigen, die unter ihm gelitten haben und fast ausgelöscht wurden, gegen die Resolution gestimmt hätten.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63664f9248fbef071f2316dc.jpg>

Maria Sacharowa bei ihrem wöchentlichen Briefing in Moskau

15:05 de.rt.com: **Große EU-Länder beginnen mit der Abschöpfung der Gasreserve**

Die fünf größten europäischen Gasmärkte – Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande und Polen – haben alle begonnen, Gas aus den unterirdischen Speichern zu entnehmen. Das berichtet die Nachrichtenagentur Interfax. Der Agentur zufolge wird in Europa aufgrund der niedrigeren Temperaturen und des tatsächlichen Beginns der kalten Jahreszeit "die Saison der Gaseinspeisung in die unterirdischen Speicher beendet und die Wintergasreserven werden langsam aufgebraucht".

Für die EU insgesamt betrug der Anstieg der Reserven am 3. November nur noch 0,03 Prozentpunkte, während die Entnahmen bereits 78 Prozent der parallel laufenden Einspeisungen erreicht hätten, so das Unternehmen Gas Infrastructure Europe. Interfax berichtete weiter:

"Da die Temperaturen weiter sinken, besteht die Möglichkeit, dass es in der gesamten EU zu einer Netto-Gasentnahme kommt."

15:16 de.rt.com: **Donezker Volksrepublik: Ukrainischen Streitkräfte zerstörten bereits etwa 100 kulturelle Einrichtungen**

Die ukrainischen Truppen haben in der Donezker Volksrepublik (DVR) ungefähr 100 Kultureinrichtungen zerstört, die nun schrittweise wiederhergestellt werden müssten. Darüber berichtete der Vorsitzende der DVR-Regierung, Witali Chozenko, am Samstag auf seinem Telegram-Kanal. Er fügte hinzu, dass viele Einrichtungen derzeit restauriert würden.

15:34 de.rt.com: **Europa riskiert in der Ukraine ein "neues Afghanistan" an seinen Grenzen – Jeffrey Sachs**

Europa läuft Gefahr, in der Ukraine ein neues Afghanistan zu bekommen, wenn es seine derzeitige Haltung gegenüber dem Kreml nicht ändert. Davor warnte der US-amerikanische Ökonom Jeffrey Sachs in einem [Gespräch](#) mit dem portugiesischen Sender RTP.

Sachs zeigte sich "überrascht über die Haltung Europas" und darüber, dass es sich dem

"amerikanischen Narrativ" der Konfrontation angeschlossen habe. In dem Exklusivinterview hob der Ökonom hervor, dass die USA in den letzten Jahrzehnten eine "Kriegsmaschine gewesen" seien, die Kriege in Vietnam, Laos, Kambodscha, Nicaragua, Irak, Afghanistan, Syrien oder Libyen führte. Europa war da ganz anders. Und nun wundere es Sachs, dass die EU plötzlich eine ganz andere Linie verfolge. Er betonte:

"Europa ist ein Meister der Diplomatie. Aber jetzt macht sich Europa einfach die amerikanische Linie zu eigen: Wir müssen Putin besiegen! Wir verhandeln nicht! Doch dieser Ansatz ist für Europa sehr gefährlich, Europa befindet sich an der Front und könnte von all dem sehr stark betroffen sein."

Damit mache Europa einen Fehler, so Sachs weiter. Nun komme es darauf an, "sich hinzusetzen und zu verhandeln" – und vor allem müsse man "verstehen, was die wirklichen roten Linien sind". Sollte dies nicht geschehen, wäre die Prognose für die Welt eine düstere. Der Wirtschaftswissenschaftler hob hervor:

"Die derzeitige Idee der Ukrainer und Amerikaner ist: Lasst uns hingehen und Putin besiegen. Ich glaube nicht, dass das ein Rezept ist, das die Ukraine retten wird. Und es ist ein Rezept, das die ganze Welt bedroht."



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63665d64b480cc6b2f16a3a8.jpg>

Jeffrey Sachs

15:47 de.rt.com: **Cherson berichtet von Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte**

Die ukrainischen Truppen haben am Samstag einen HIMARS-Angriff auf Cherson verübt. Zwei Raketen seien in der Nähe des Busbahnhofs der Stadt niedergegangen, wo die Bürger zur Evakuierung abgeholt würden, teilten die Rettungsdienste mit.

Informationen zu Schäden und Opfern werden derzeit geklärt.

15:55 de.rt.com: **Außenminister Transnistriens: "Das Gasproblem in Transnistrien kann nicht ohne Russland gelöst werden"**

Am 1. November hat die Republik Moldawien verkündet, die Lieferung von russischem Gas werde eingeschränkt. Dadurch verschärfte sich das Problem der Gasversorgung in Transnistrien. Der Außenminister der nicht anerkannten Republik, Witali Ignatjew, erklärte nun in einer Sendung des Fernsehsenders Perwy Pridnestrowski, dass das Problem nicht "ohne die Beteiligung Russlands" gelöst werden könne. Er hob hervor:

"Das Problem ist nicht, dass es kein Gas gibt. Das Problem ist, dass die Republik Moldawien es sich unrechtmäßig aneignet. Russland mag mehr Gas geben, Moldawien wird es trotzdem abnehmen. Wie sie das Gas verteilen, ist ein großes Geheimnis."

Seiner Meinung nach werde es unmöglich sein, ohne die Mitwirkung Russlands zu einer

gerechten Lösung zu kommen. Transnistrien sei an garantierten Lieferungen der in den Verträgen festgelegten Mengen interessiert, betonte Ignatjew und fügte hinzu, dass die Republik auf der Wiederherstellung und dem ununterbrochenen Betrieb des früheren Gasversorgungsmechanismus bestehe.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 5.11.2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Jalta wurden die Arbeiten zur Inbetriebnahme neuer Kommunikationsobjekte fortgesetzt. In Nowognatowka wird LTE-Ausrüstung zur Inbetriebnahme vorbereitet. In Walerjanowka und Iwanowka im Wolnowacha-Bezirks laufen Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten am Telekommunikationsnetz.

In 17 befreiten Ortschaften wurden in Einrichtungen des Gesundheitswesens Konsultationen und medizinische Behandlung für die Bevölkerung durchgeführt.

An der Autostraße Slawjansk – Donezk – Mariupol geht die Demontage von Verkehrszeichen zur Installation neuer weiter. 8 Kilometer Randstreifen wurden an der Autostraße Saporoshe – Mariupol geplant.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 13 Hektar Gelände untersucht und 217 explosive Objekte entdeckt.

Spezialisten der Elektrizitätswerke setzten die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Mariupol und Wolnowacha fort.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

16:19 de.rt.com: **Teheran: Kiew blockiert Treffen zu angeblichen Drohnenlieferungen an Russland**

Kiew habe ein ukrainisch-iranisches Treffen zu angeblichen Lieferungen iranischer Kampfdrohnen an Russland platzen lassen. Die iranische Nachrichtenagentur Tasnim zitierte zu dem Vorfall den iranischen Außenminister Hossein Amir Abdollahian:

"Wir haben mit dem ukrainischen Außenminister vereinbart, dass er, wenn er Belege für den Einsatz iranischer Drohnen durch Russland gegen die Ukraine hat, diese vorlegen muss... Ein solches Treffen sollte vor vierzehn Tagen in einem europäischen Land stattfinden. Unsere Delegation hat sich dorthin begeben, aber leider ist die ukrainische Vertretung während der 90-minütigen Wartezeit nicht erschienen."

Sowohl Russland als auch Iran weisen die von westlichen und ukrainischen Politikern in den westlichen Medien verbreiteten Behauptungen zurück, wonach Iran angeblich Russland mit Kampfdrohnen für Kampfeinsätze in der Ukraine beliefere.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/636670ab48fbef01d56fdab6.jpg>

Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian

16:47 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Kirche im Gebiet Saporoschje**

Die ukrainischen Truppen haben eine Kirche im Gebiet Saporoschje mit Artillerie beschossen. Das teilte das Mitglied des Hauptrates der Gebietsverwaltung, Wladimir Rogow, mit. Er [schrieb](#) auf seinem Telegram-Kanal:

"Die ukrainischen Kämpfer beschossen die Dörfer Ljubimowka und Wyssoke im Bezirk Michailowski des Gebietes Saporoschje. Im Dorf Ljubimowka wurde die Kirche von einer Granate getroffen."

Nach Angaben von Rogow sind die örtlichen Dienste und betroffene Bewohner dabei, das Gebäude zu restaurieren.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/636669b348fbef071f2316f8.jpg>

Die zerstörte Kirche

16:53 de.rt.com: **In Melnyks Fußstapfen: Der neue Botschafter der Ukraine fordert Einreiseverbot für Russen**

Seit dem 24. Oktober ist Alexei Makejew offiziell Botschafter der Ukraine in Deutschland. In

einem Zeitungsinterview hat er nun von Deutschland gefordert, Russen die Einreise zu verbieten. Auch neue Waffenlieferungen sind auf der Liste der Forderungen des Diplomaten. Der neue Botschafter der Ukraine in Berlin, Alexei Makejew, hat in einem Interview für die Zeitungen der Funke Mediengruppe am Sonnabend ein Einreiseverbot für Russen nach Deutschland gefordert. Zugleich gab er sich überzeugt, dass Deutschland bald Kampfpanzer an die Ukraine liefern könnte.

Andere Länder würden Russen bereits die Einreise verwehren, sagte Makejew und appellierte an die Bundesregierung, "das auch so zu machen." Zur Begründung führte der Botschafter, der erst vor zwei Wochen die Nachfolge von Andrei Melnyk antrat, an, Russen würden ein "ernstes Sicherheitsrisiko" darstellen und "Anschläge auf Ukrainer" planen. Auch für politische Asyl-Antragsteller aus Russland solle man laut Makejew keine Ausnahme machen: "Die Russen, die nach Deutschland kommen, tun dies nicht aus Protest gegen den Krieg. Sie wollen nur nicht im Krieg sterben."

Der Diplomat sagte weiter, er rechne fest mit der Lieferung von Kampfpanzern aus Deutschland:

"Wir haben Grund zu der Hoffnung, dass die Entscheidung fällt, Leopard 2 aus Deutschland direkt in die Ukraine zu liefern. Die Ukraine braucht diese Panzer. Und es wird Zeit, mit dem Gerede aufzuhören, man wolle Russland nicht provozieren."

Deutschland habe mit der Lieferung des Raketenabwehrsystems Iris-T "Führung gezeigt".

"Diese Führungsrolle" erwarte Kiew auch bei weiteren Waffensystemen.

Makejew, Jahrgang 1975, studierte Diplomatie und Internationale Beziehungen an der Schewtschenko-Universität in Kiew und ist seit 1996 im ukrainischen diplomatischen Kader. Seine Auslandseinsätze führten ihn als Botschaftsmitarbeiter im Rang eines Beraters oder eines Konsuls mehrmals in die Schweiz und in die Bundesrepublik Deutschland. Nach 2014 leitete er eine Abteilung des ukrainischen Außenministeriums, seit 2020 war Makejew dort Sonderbeauftragter für die Verschärfung der Sanktionen gegen Russland. Laut der offiziellen Biografie beherrscht der neue Botschafter Deutsch und Englisch fließend.

Der neue ukrainische Botschafter ist, wie sein Vorgänger, bei dem Kurznachrichtendienst Twitter aktiv. Seine Äußerungen dort lassen befürchten, dass es Deutschland weiter mit Hasspropaganda gegen Russen und Russophobie unter diplomatischer Maske zu tun haben wird. So veröffentlichte Makejew bei Twitter unter anderem ein Bild, auf dem Russen als Schweine dargestellt werden.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/636667d2b480cc70d93b0d7e.jpg>

Der neue ukrainische Botschafter Makejew bei der Begrüßungszeremonie im Schloss Bellevue am 24. Oktober 2022

17:08 de.rt.com: **Medienbericht: Russische Streitkräfte zerstören fünf griechische Schützenpanzer unmittelbar nach Übergabe an Kiew**

Das russische Militär soll fünf griechische BMP-1 Schützenpanzer unmittelbar nach deren Übergabe an die ukrainische Seite und der Entsendung in den Donbass zerstört haben,

berichtet das griechische Portal iskra.gr.

Dies soll am 28. Oktober geschehen sein, als die russische Armee eine Offensive der ukrainischen Truppen in Berestowo im Gebiet Charkow abwehrte. In dem Medienbericht heißt es außerdem:

"Infolgedessen wurden 150 ukrainische Soldaten getötet oder verwundet, ein Panzer und fünf BMP-1, vier gepanzerte Mannschaftstransporter und neun zu Kampffahrzeugen umgebaute Kleinlastwagen wurden zerstört."

"Die "griechischen" BMPs seien durch Artilleriefeuer und 152-Millimeter Krasnopol-Lenkraketen zerstört worden.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63666124b480cc0e127a813b.jpg>

Ukrainische Soldaten trainieren den Einsatz eines BMP-1 Schützenpanzers

17:25 de.rt.com: **Bürgermeister von Odessa befürwortet Entfernung des Denkmals von Katharina der Großen**

Der Bürgermeister von Odessa, Gennadij Truchanow, erklärte auf seinem Facebook-Account, er unterstütze die Abtragung des Denkmals für die russische Zarin Katharina II., die die Stadt und den Hafen Odessa gegründet hatte. Die Frage des Abbaus werde in der nächsten Sitzung des Stadtrates behandelt, so Truchanow weiter.

Laut einer Umfrage unter den Bürgern habe die Mehrheit für den Abriss des Denkmals gestimmt, meinte der Bürgermeister. Diese Umfrage sei durchgeführt worden, um die Entscheidung der Regierung auf nationaler Ebene im Rahmen einer Kampagne zur Derussifizierung des Landes zu "legitimieren", so die Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Zuvor hatte Truchanow in einem Interview mit der italienischen Zeitung Corriere della Sera erklärt, er sei gegen den Abriss des Denkmals von Katharina II., und er sei besorgt über den wachsenden Hass "gegen alles Russische". Daraufhin wies der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij das Innenministerium und den Geheimdienst der Ukraine an, den Bürgermeister von Odessa auf "pro-russische Ansichten" zu überprüfen.

Das Denkmal für Katharina II. als Gründerin von Odessa war im Jahr 1900 in der Stadt errichtet worden.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6366655d48fbef01d56fdaac.jpg>

Katharina-die-Große-Denkmal in Odessa

17:32 de.rt.com: **Zeitenwende: Deutschland und Österreich stimmen gegen UN-Resolution, die Neonazismus verurteilt**

Früher waren es USA und die Ukraine, die sich offen der UN-Resolution gegen Verherrlichung des Nazismus widersetzt hatten. Nun stimmten auch Deutschland, Italien, Österreich, Ungarn und andere EU-Staaten dagegen. In diesem Jahr gab es auch den Versuch, die von Russland eingebrachte Resolution zu verhindern.

Der 3. Ausschuss der UN-Generalversammlung hat den russischen Resolutionsentwurf zur Bekämpfung der Verherrlichung des Nazismus mit 51 Nein- und 106 Ja-Stimmen angenommen. 15 Staaten enthielten sich.

Das Dokument trägt den Titel "Bekämpfung der Verherrlichung des Nazismus und anderer Praktiken, die zum Schüren zeitgenössischer Formen des Rassismus, der Rassendiskriminierung, der Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz beitragen".

Eine solche [Resolution](#) wird jedes Jahr von der UN-Generalversammlung verabschiedet. Nach der Verabschiedung durch den Ausschuss muss auf der UN-Generalversammlung darüber abgestimmt werden, was in der Regel im Dezember geschieht.

Seit 2014 [stimmten](#) regelmäßig nur die USA und die Ukraine gegen diese Resolution, EU- und NATO-Länder sowie einige Staaten aus anderen Teilen der Welt enthielten sich. Dieses Mal wurde der Resolutionsentwurf jedoch auch von Deutschland, Großbritannien, Österreich, Frankreich, Japan, Italien, Georgien, den baltischen Staaten und Ungarn abgelehnt.

Laut dem stellvertretenden Direktor der Abteilung für humanitäre Zusammenarbeit und Menschenrechte im russischen Außenministerium, Grigori Lukjanzew, gab es auch den Versuch, die kommende Abstimmung mit organisatorischen Tricks zu verhindern.

Voting Started		11/4/2022		11:26:50 AM	
Item 66 (a) draft resolution A/C.3/77/L.5 as orally revised and as amended					
Combating glorification of Nazism, neo-Nazism and other practices that contribute to fuelling contemporary forms of					
<input type="checkbox"/> AFGHANISTAN	<input type="checkbox"/> CAMEROON	<input type="checkbox"/> FINLAND	<input type="checkbox"/> KUWAIT	<input type="checkbox"/> NEPAL	<input type="checkbox"/> SAUDI ARABIA
<input type="checkbox"/> ALBANIA	<input type="checkbox"/> CANADA	<input type="checkbox"/> FRANCE	<input type="checkbox"/> KYRGYZSTAN	<input type="checkbox"/> NETHERLANDS	<input type="checkbox"/> SENEGAL
<input type="checkbox"/> ALGERIA	<input type="checkbox"/> CENTRAL AFR REP....	<input type="checkbox"/> GABON	<input type="checkbox"/> LAO PDR	<input type="checkbox"/> NEW ZEALAND	<input checked="" type="checkbox"/> SERBIA
<input type="checkbox"/> ANDORRA	<input type="checkbox"/> CHAD	<input type="checkbox"/> GAMBIA	<input type="checkbox"/> LATVIA	<input type="checkbox"/> NICARAGUA	<input type="checkbox"/> SEYCHELLES
<input type="checkbox"/> ANGOLA	<input type="checkbox"/> CHILE	<input type="checkbox"/> GEORGIA	<input type="checkbox"/> LEBANON	<input type="checkbox"/> NIGER	<input type="checkbox"/> SIERRA LEONE
<input checked="" type="checkbox"/> ANTIGUA-BARBUDA	<input type="checkbox"/> CHINA	<input type="checkbox"/> GERMANY	<input type="checkbox"/> LESOTHO	<input type="checkbox"/> NIGERIA	<input type="checkbox"/> SINGAPORE
<input type="checkbox"/> ARGENTINA	<input type="checkbox"/> COLOMBIA	<input type="checkbox"/> GHANA	<input type="checkbox"/> LIBERIA	<input type="checkbox"/> NORTH MACEDONIA	<input type="checkbox"/> SLOVAKIA
<input type="checkbox"/> ARMENIA	<input type="checkbox"/> COMOROS	<input type="checkbox"/> GREECE	<input type="checkbox"/> LIBYA	<input type="checkbox"/> NORWAY	<input type="checkbox"/> SLOVENIA
<input type="checkbox"/> AUSTRALIA	<input checked="" type="checkbox"/> CONGO	<input type="checkbox"/> GRENADA	<input type="checkbox"/> LIECHTENSTEIN	<input type="checkbox"/> OMAN	<input type="checkbox"/> SOLOMON ISLANDS
<input type="checkbox"/> AUSTRRIA	<input type="checkbox"/> COSTA RICA	<input type="checkbox"/> GUATEMALA	<input type="checkbox"/> LITHUANIA	<input type="checkbox"/> PAKISTAN	<input type="checkbox"/> SOMALIA
<input type="checkbox"/> AZERBAIJAN	<input type="checkbox"/> COTE D'IVOIRE	<input type="checkbox"/> GUINEA	<input type="checkbox"/> LUXEMBOURG	<input checked="" type="checkbox"/> PALAU	<input type="checkbox"/> SOUTH AFRICA
<input type="checkbox"/> BAHAMAS	<input type="checkbox"/> CROATIA	<input type="checkbox"/> GUINEA-BISSAU	<input type="checkbox"/> MADAGASCAR	<input type="checkbox"/> PANAMA	<input type="checkbox"/> SOUTH SUDAN
<input type="checkbox"/> BAHRAIN	<input type="checkbox"/> CUBA	<input type="checkbox"/> GUYANA	<input type="checkbox"/> MALAWI	<input type="checkbox"/> PAPUA NEW GUINEA	<input type="checkbox"/> SPAIN
<input type="checkbox"/> BANGLADESH	<input type="checkbox"/> CYPRUS	<input type="checkbox"/> HAITI	<input type="checkbox"/> MALAYSIA	<input type="checkbox"/> PARAGUAY	<input type="checkbox"/> SRI LANKA
<input type="checkbox"/> BARBADOS	<input type="checkbox"/> CZECHIA	<input type="checkbox"/> HONDURAS	<input type="checkbox"/> MALDIVES	<input type="checkbox"/> PERU	<input type="checkbox"/> SUDAN
<input type="checkbox"/> BELARUS	<input type="checkbox"/> DEM PR OF KOREA	<input type="checkbox"/> HUNGARY	<input type="checkbox"/> MALI	<input type="checkbox"/> PHILIPPINES	<input type="checkbox"/> SURINAME
<input type="checkbox"/> BELGIUM	<input type="checkbox"/> DEM REP OF THE CO...	<input type="checkbox"/> ICELAND	<input type="checkbox"/> MALTA	<input type="checkbox"/> POLAND	<input type="checkbox"/> SWEDEN
<input type="checkbox"/> BELIZE	<input type="checkbox"/> DENMARK	<input type="checkbox"/> INDIA	<input type="checkbox"/> MARSHALL ISLANDS	<input type="checkbox"/> PORTUGAL	<input checked="" type="checkbox"/> SWITZERLAND
<input type="checkbox"/> BENIN	<input checked="" type="checkbox"/> DJIBOUTI	<input type="checkbox"/> INDONESIA	<input type="checkbox"/> MAURITANIA	<input type="checkbox"/> QATAR	<input type="checkbox"/> SYRIAN ARAB REP...
<input type="checkbox"/> BHUTAN	<input type="checkbox"/> DOMINICA	<input type="checkbox"/> IRAN (ISLAMIC REP...)	<input type="checkbox"/> MAURITIUS	<input checked="" type="checkbox"/> REP OF KOREA	<input type="checkbox"/> TAJIKISTAN
<input type="checkbox"/> BOLIVIA	<input checked="" type="checkbox"/> DOMINICAN REP...	<input type="checkbox"/> IRAQ	<input checked="" type="checkbox"/> MEXICO	<input type="checkbox"/> REP OF MOLDOVA	<input type="checkbox"/> THAILAND
<input type="checkbox"/> BOSNIA-HERZEGOVINA	<input checked="" type="checkbox"/> ECUADOR	<input type="checkbox"/> IRELAND	<input type="checkbox"/> MICRONESIA (FS)	<input type="checkbox"/> ROMANIA	<input type="checkbox"/> TIMOR-LESTE
<input type="checkbox"/> BOTSWANA	<input checked="" type="checkbox"/> EGYPT	<input type="checkbox"/> ISRAEL	<input type="checkbox"/> MONACO	<input type="checkbox"/> RUSSIAN FED...	<input type="checkbox"/> TOGO
<input type="checkbox"/> BRAZIL	<input type="checkbox"/> EL SALVADOR	<input type="checkbox"/> ITALY	<input type="checkbox"/> MONGOLIA	<input type="checkbox"/> RWANDA	<input checked="" type="checkbox"/> TONGA
<input type="checkbox"/> BRUNEI DARUSSALAM	<input type="checkbox"/> EQUATORIAL GUINEA	<input type="checkbox"/> JAMAICA	<input type="checkbox"/> MONTENEGRO	<input type="checkbox"/> SAINT KITTS-NEVIS	<input type="checkbox"/> TRINIDAD-TOBAGO
<input type="checkbox"/> BULGARIA	<input type="checkbox"/> ERITREA	<input type="checkbox"/> JAPAN	<input type="checkbox"/> MOROCCO	<input type="checkbox"/> SAINT LUCIA	<input type="checkbox"/> TUNISIA
<input type="checkbox"/> BURKINA FASO	<input type="checkbox"/> ESTONIA	<input type="checkbox"/> JORDAN	<input type="checkbox"/> MOZAMBIQUE	<input checked="" type="checkbox"/> SAINT VINCENT-GRE...	<input type="checkbox"/> TURKMENISTAN
<input type="checkbox"/> BURUNDI	<input type="checkbox"/> ESWATINI	<input type="checkbox"/> KAZAKHSTAN	<input checked="" type="checkbox"/> MYANMAR	<input type="checkbox"/> SAMOA	<input type="checkbox"/> TUVALU
<input type="checkbox"/> CABO VERDE	<input type="checkbox"/> ETHIOPIA	<input type="checkbox"/> KENYA	<input type="checkbox"/> NAMIBIA	<input type="checkbox"/> SAN MARINO	<input checked="" type="checkbox"/> TURKEY
<input type="checkbox"/> CAMBODIA	<input type="checkbox"/> FUJI	<input type="checkbox"/> KIRIBATI	<input type="checkbox"/> NAURU	<input type="checkbox"/> SAO TOME-PRINCIPE	<input type="checkbox"/> UGANDA
<input type="checkbox"/> UKRAINE	<input type="checkbox"/> UNITED ARAB EMIR	<input type="checkbox"/> UNITED KINGDOM	<input type="checkbox"/> UNITED REP TANZA	<input type="checkbox"/> UNITED STATES	<input type="checkbox"/> URUGUAY
<input type="checkbox"/> UZBEKISTAN	<input type="checkbox"/> VANUATU	<input type="checkbox"/> VENEZUELA	<input type="checkbox"/> VIET NAM	<input type="checkbox"/> YEMEN	<input type="checkbox"/> ZAMBIA
<input type="checkbox"/> ZIMBABWE					
<input checked="" type="checkbox"/> IN FAVOUR: 105	<input type="checkbox"/> AGAINST: 52	<input checked="" type="checkbox"/> ABSTENTION: 15			

<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/6366733248fbef01d56fdab9.jpg>

Australien, Japan, Liberia und Nordmazedonien [brachten](#) eine Demarche mit Kritik an der Resolution ein. Diese sei der Versuch Russlands, unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Nazismus sein militärisches Vorgehen in der Ukraine zu rechtfertigen. Sie brachten Änderungsvorschläge ein, um Russland dazu zu bewegen, den Text von der Abstimmung zurückzuziehen.

"Es ist ihnen nicht gelungen, den Text in ihrem Sinne radikal zu ändern und die Bestimmungen zu streichen, die ihnen nicht passen: die Zerstörung von Denkmälern für die Befreier, Neonazi-Aufmärsche und Fackelmärsche, das Verbot von Symbolen, die mit dem Sieg in Verbindung stehen. Also beschlossen sie, bei ihrer Aufgabe recht 'kreativ' zu werden, aber diese Strategie hat sich nicht ausgezahlt", so Lukjanzew.

Der russische Diplomat erinnerte an die Situation im Jahr 2011, als es bei der Abstimmung zur Spaltung unter EU-Staaten gekommen war und einige Mitgliedstaaten dagegen gestimmt hatten, während andere sich enthalten hatten. "Damals hatten uns die Vertreter Deutschlands, Italiens und Österreichs geschworen, dass sie niemals gegen ein Dokument stimmen könnten, in dem die Verherrlichung des Nationalsozialismus grundsätzlich verurteilt wird." Dieses Verhalten hat der russische Diplomat als Geschichtsfälschung scharf kritisiert. In einem Kommentar, der auf der Webseite der russischen Botschaft in Berlin [veröffentlicht](#) wurde, schrieb er:

"Im Laufe der Jahre, nachdem die Resolution angenommen wurde, schlugen die westlichen Staaten immer wieder vor, in den Text des Resolutionsentwurfs die Fassungen einzufügen, die mit einer angeblich 'gleichen Verantwortung Hitlerdeutschlands und der UdSSR für die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs' verbunden sind. Sie wollten auch die Thesen über 'zwei totalitäre Regimes' sowie darüber, dass verschiedene Kollaborateure nicht zu verurteilen seien, weil sie die sogenannten 'Nationalhelden' seien, ins Dokument einfügen. Für uns sind diese Bestimmungen völlig inakzeptabel, wir lehnen sie ab und sind mit derartigen Geschichtsfälschungen nicht einverstanden."

RT DE hat in den vergangenen Jahren versucht, die Gründe für die Enthaltung Deutschlands bei dieser UN-Resolution zu erfahren. Im Jahr 2020 hatte die [Antwort](#) auf die Nachfrage von RT DE gelautet, die Gründe würden nachgereicht. Auch nach einem Jahr wurden keine Gründe nachgereicht. Im Dezember 2021 [erwiderte](#) die Sprecherin des Auswärtigen Amtes, Andrea Sasse:

"Unser Stimmverhalten in den Vereinten Nationen kommentieren wir wie immer an dieser Stelle nicht."

Im Jahr 2020 hatte Washingtons Gesandter bei den Vereinten Nationen [argumentiert](#), dass ein

Verbot der Verherrlichung des Nationalsozialismus gegen den ersten Zusatzartikel der US-Verfassung zum Schutz der Meinungsfreiheit verstoßen würde. Die USA hatten Moskau zudem [vorgeworfen](#), die Resolution nutzen zu wollen, um eine "Desinformationsnarrative" über Neonazismus in den baltischen Staaten und der Ukraine zu betreiben.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/article/6366784348fbef04671c22b6.jpg>

Aufmarsch zu Ehren des ukrainischen Faschisten und Nazikollaborateurs Stepan Bandera in Kiew am 1. Januar 2020

17:51 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Donezk und Saizewo**

Die ukrainischen Streitkräfte haben Donezk und die Gorlowka-Siedlung Saizewo beschossen. Das berichtete die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit ukrainischen Kriegsverbrechen.

Dabei seien fünf Schüsse aus einem Panzer, drei Artillerie-Granaten des Kalibers 152 Millimeter und drei Artillerie-Granaten des Kalibers 155 Millimeter abgefeuert worden. Zu möglichen Opfern gab es noch keine Angaben.



<https://mf.b37mrtl.ru/deutsch/images/2022.11/original/63667678b480cc58f71f7ef4.jpg>

Ein ukrainischer Panzer im Gebiet Charkow